

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

17. Wahlperiode

Haushalts- und Finanzausschuss

7. Sitzung am 08.09.2016
– Öffentliche Sitzung –

Protokoll

Beginn der Sitzung: 12:44 Uhr

Ende der Sitzung: 13:20 Uhr

Tagesordnung:

1. Entlastung der Landesregierung und des Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 2014
 - a) Entlastung der Landesregierung Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 2014
Antrag
Landesregierung
– Drucksache 16/6025 –
 - b) Entlastung des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 2014
Antrag
Rechnungshof Rheinland-Pfalz
– Drucksache 16/6057 –
 - c) Jahresbericht 2016
Bericht
Rechnungshof Rheinland-Pfalz
– Drucksache 16/6050 –

Ergebnis:

Beschlussempfehlung zugestimmt
(S. 5 – 6)

Tagesordnung (Fortsetzung):

Ergebnis:

- d) Stellungnahme der Landesregierung zum Jahresbericht 2016 des Rechnungshofs (Drucksache 16/6050) sowie Ergänzung zum Schlussbericht der Landesregierung im Entlastungsverfahren für das Haushaltsjahr 2013 (Drucksache 16/6122)
Unterrichtung (Stellungnahme)
Landesregierung
– Drucksache 17/7 –
- e) Entlastung der Landesregierung und des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz wegen der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2014
Vorlage
Rechnungsprüfungskommission
– Vorlage 17/169 –
- dazu:
- Nicht öffentliche Vorlage
Parlamentarischer Dienst des Landtags
– Vorlage 17/247 –
2. Kommunalbericht 2016
Bericht
Rechnungshof Rheinland-Pfalz
– Drucksache 17/100 –
3. Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2015
Bericht (Unterrichtung)
Landesregierung
– Drucksache 17/466 –
4. Jahresabschluss 2015 der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität
Vorlage
Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur
– Vorlage 17/167 –
5. Veräußerung landeseigener Grundstücke; Unterrichtung über die Veräußerung von Grundstücken mit einem Wert von über 100.000,- EUR bis zu 1 Mio. EUR
Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/170 –
6. Über- und außerplanmäßige Ausgaben von erheblicher finanzieller Bedeutung (§ 37 Abs. 4 zweiter Halbsatz der Landeshaushaltsordnung – LHO –)
Unterrichtung
Ministerium der Finanzen
– Drucksache 17/115 –
7. Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im zweiten Haushaltsvierteljahr 2016
Unterrichtung
Ministerium der Finanzen
– Drucksache 17/622 –
- Kennntnisnahme
(S. 5 – 6)
- Vertagt
(S. 7)
- Kennntnisnahme
(S. 8)
- Kennntnisnahme
(S. 9)
- Kennntnisnahme
(S. 10)
- Kennntnisnahme
(S. 11)

Tagesordnung (Fortsetzung):**Ergebnis:**

- | | |
|--|---------------------------------|
| 8. Anwendung der neuen Schuldenregel; hier: Mitteilung zur Höhe der Steuereinnahmen in der konjunkturellen Normallage und zur Konjunkturkomponente
Unterrichtung
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/64 – | Kenntnisnahme
(S. 12 – 13) |
| 9. Einwilligung des Landtags (Haushalts- und Finanzausschuss) zur Aufhebung der Sperre von Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2016 für Zuwendungen nach § 5 des LHG 2016 | |
| hier: | |
| a) Zuwendung an das Institut für Rechtspolitik e. V., Trier
Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/19 – | Einwilligung erteilt
(S. 14) |
| b) Zuschuss für die Europäische Rechtsakademie
Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/65 – | Einwilligung erteilt
(S. 14) |
| c) Zuweisung an die Landes-Stiftung Arp Museum Bahnhof Rolandseck
Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/105 – | Einwilligung erteilt
(S. 14) |
| d) Zuweisung an den Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.
Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/112 – | Einwilligung erteilt
(S. 14) |
| e) Zuwendung an die Europäische Akademie zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen Bad Neuenahr-Ahrweiler GmbH
Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/127 – | Einwilligung erteilt
(S. 14) |
| f) Zuwendung an das Freilichtmuseum Bad Sobernheim
Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/128 – | Einwilligung erteilt
(S. 15) |
| g) Zuwendung an die Landesbühne Rheinland-Pfalz GmbH
Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/132 – | Einwilligung erteilt
(S. 15) |
| h) Zuwendung an den Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V.
Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/133 – | Einwilligung erteilt
(S. 15) |

Tagesordnung (Fortsetzung):**Ergebnis:**

- | | |
|--|---------------------------------|
| i) Zuwendung an die Unterhaus Mainzer Forum-Theater gGmbH
Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/134 – | Einwilligung erteilt
(S. 15) |
| j) Landesmusikakademie Rheinland-Pfalz e. V.
Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/135 – | Einwilligung erteilt
(S. 15) |
| k) Zuwendung an das Institut für Medien und Pädagogik e. V.
(Vormals Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e. V.)
Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/136 – | Einwilligung erteilt
(S. 15) |
| l) Zuwendung an die Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V.
Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/137 – | Einwilligung erteilt
(S. 15) |
| m) Zuwendung an den Landesmusikrat Rheinland-Pfalz e. V.
Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/142 – | Einwilligung erteilt
(S. 16) |
| n) Zuwendung an die Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz
Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/179 – | Einwilligung erteilt
(S. 16) |
| 10. Verschiedenes | S. 17 |

Herr Vors. Abg. Wansch eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Punkte 1 und 2 der Tagesordnung:

1. Entlastung der Landesregierung und des Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 2014

- a) **Entlastung der Landesregierung Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 2014**
Antrag
Landesregierung
– Drucksache 16/6025 –
- b) **Entlastung des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 2014**
Antrag
Rechnungshof Rheinland-Pfalz
– Drucksache 16/6057 –
- c) **Jahresbericht 2016**
Bericht
Rechnungshof Rheinland-Pfalz
– Drucksache 16/6050 –
- d) **Stellungnahme der Landesregierung zum Jahresbericht 2016 des Rechnungshofs (Drucksache 16/6050) sowie Ergänzung zum Schlussbericht der Landesregierung im Entlastungsverfahren für das Haushaltsjahr 2013 (Drucksache 16/6122)**
Unterrichtung (Stellungnahme)
Landesregierung
– Drucksache 17/7 –
- e) **Entlastung der Landesregierung und des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz wegen der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2014**
Vorlage
Rechnungsprüfungskommission
– Vorlage 17/169 –

dazu:

Nicht öffentliche Vorlage

Parlamentarischer Dienst des Landtags
– Vorlage 17/247 –

2. Kommunalbericht 2016

Bericht
Rechnungshof Rheinland-Pfalz
– Drucksache 17/100 –

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Adolf Weiland

Herr Vors. Abg. Wansch gibt den Hinweis, die an den Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses gerichteten Schreiben des Sozialministeriums vom 11. August 2016 und des Rechnungshofs vom 25. August 2016 seien wegen der in letzterem enthaltenen ausdrücklichen Bezugnahme auf den Inhalt der Beratungen der Rechnungsprüfungskommission nach § 82 Abs. 7 i. V. m. Abs. 5 Satz 2 Vorl. GOLT gemeinsam als nicht öffentliche Vorlage 17/247 des Wissenschaftlichen Dienstes an die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses sowie an das Sozialministerium und den Rechnungshof verteilt worden. Bisher sei ihm gegenüber aber nicht der Wunsch geäußert worden, dass aufgrund dieser Schreiben die Absicht bestehe, die Beschlussempfehlung der Rechnungsprüfungskommission zu verändern.

Der Ausschuss stimmt der Beschlussempfehlung auf Seite 4 der Vorlage 17/169 einstimmig zu.

**7. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
– Öffentliche Sitzung –**

Der Ausschuss erteilt dem Wissenschaftlichen Dienst zur Erstellung der entsprechenden Drucksache Redaktionsvollmacht.

Der Ausschuss nimmt vom Kommunalbericht 2016 – Drucksache 17/100 – Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2015

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/466 –

Der Ausschuss beschließt gemäß § 83 Abs. 3 Satz 1 Vorl. GOLT, die Ausschüsse entsprechend ihrer Zuständigkeit um Mitberatung zu ersuchen. Abweichend von § 83 Abs. 4 GOLT werden die beteiligten Ausschüsse ersucht, nur dem Haushalts- und Finanzausschuss über das Ergebnis ihrer Beratungen zu berichten (vgl. Vorlage 17/466 – Anlage 2 –).

Der Wissenschaftliche Dienst wird gebeten, dem Haushalts- und Finanzausschuss nach Abschluss der Mitberatung die Protokollauszüge der Fachausschusssitzungen zuzuleiten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss regt an, dass der Budgetbericht der Landesregierung aus Gründen der Zeitersparnis abweichend von § 83 Abs. 1 Vorl. GOLT künftig unmittelbar an die beteiligten Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen und diese abweichend von § 83 Abs. 4 Vorl. GOLT unmittelbar lediglich den Haushalts- und Finanzausschuss über das Ergebnis ihrer Beratungen unterrichten.

Der Tagesordnungspunkt – Drucksache 17/466 – wird vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Jahresabschluss 2015 der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität

Vorlage

Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

– Vorlage 17/167 –

Herr Abg. Schreiner bezieht sich auf die Presseberichterstattung, wonach die Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität erwäge, das Krankenhaus in Ingelheim zu übernehmen. Er bitte um Auskunft, wie sich diese Übernahme auf die Ertragslage der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität auswirken werde.

Herr Staatssekretär Prof. Dr. Barbaro weist darauf hin, dass sich der Tagesordnungspunkt auf den Jahresabschluss 2015 und nicht auf laufende Diskussionen im Aufsichtsrat der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität erstrecke. Deshalb bitte er um Verständnis, dass er unter diesem Tagesordnungspunkt nicht detailliert eine Frage zu einem Sachverhalt beantworten könne, die frühestens den Jahresabschluss 2017 tangieren werde.

Dennoch könne er mitteilen, dass die Presseberichterstattung insofern zutreffe, dass sowohl der Vorstand als auch der Aufsichtsrat der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität mit der AGAPLESION gAG darüber berate, das Krankenhaus am Standort Ingelheim zu übernehmen, um eine andere Form der Patientensteuerung vollziehen zu können. Grundidee sei, das Haus in Mainz stärker auf die Spitzenmedizin zu konzentrieren und unterhalb der Spitzenmedizin bewegende Fälle über eine Kapazitätserweiterung durch eine Übernahme des Krankenhauses in Ingelheim versorgen zu können. Ob sich diese Idee realisieren lasse, hänge von den weiteren Beratungen ab, die noch nicht abgeschlossen seien. Deshalb wolle er sich auch nicht als Vorsitzender eines Kollegialorgans voreilig zu dieser Thematik äußern.

Der Ausschuss nimmt von der Vorlage 17/167 Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Veräußerung landeseigener Grundstücke; Unterrichtung über die Veräußerung von Grundstücken mit einem Wert von über 100.000,- EUR bis zu 1 Mio. EUR

Vorlage

Ministerium der Finanzen

– Vorlage 17/170

Frau Staatsministerin Ahnen bittet, die in der Vorlage unter Nummer 4 aufgeführte Grundstücksfläche von 26,9790 ha auf 2,6979 ha zu korrigieren.

Der Ausschuss nimmt von der Vorlage 17/170 Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Über- und außerplanmäßige Ausgaben von erheblicher finanzieller Bedeutung (§ 37 Abs. 4 zweiter Halbsatz der Landeshaushaltsordnung – LHO –)

Unterrichtung

Ministerium der Finanzen

– Drucksache 17/115 –

Herr Abg. Schreiner stellt fest, in der Drucksache seien nur sehr allgemein gehaltene Aussagen zur Gegenfinanzierung der überplanmäßigen Ausgaben enthalten. Da die Drucksache vom 14. Juni 2016 datiere, frage er, ob inzwischen konkretere Angaben zur Gegenfinanzierung möglich seien.

Frau Erzgräber (Abteilungsleiterin im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur) legt dar, auch zum heutigen Zeitpunkt könne noch keine konkrete Aussage zur Gegenfinanzierung erfolgen, zumal noch nicht alle Einstellungsverfahren abgeschlossen seien. Zum Zeitpunkt der Beantragung der überplanmäßigen Ausgaben sei es jedoch dringend erforderlich gewesen, die zusätzlichen Stellen zur Verfügung zu stellen, um der aktuellen Schülerzahlprognose Rechnung tragen zu können.

Auf die Frage von **Herrn Abg. Schreiner**, ob vom Finanzministerium mitgeteilt worden sei, dass die Gegenfinanzierung aus dem eigenen Ressort zu erbringen sei, bestätigt **Frau Staatsministerin Ahnen**, dies sei normalerweise der Fall.

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Drucksache 17/115 – Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im zweiten Haushaltsvierteljahr 2016

Unterrichtung

Ministerium der Finanzen

– Drucksache 17/622 –

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Drucksache 17/622 –
Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Anwendung der neuen Schuldenregel; hier: Mitteilung zur Höhe der Steuereinnahmen in der konjunkturellen Normallage und zur Konjunkturkomponente

Unterrichtung

Ministerium der Finanzen

– Vorlage 17/64 –

Frau Staatsministerin Ahnen berichtet, die Landesregierung sei verpflichtet, dem Landtag jeweils im 2. Quartal eines Jahres einerseits die Höhe der Steuereinnahmen in der konjunkturellen Normallage und andererseits die Konjunkturkomponente als Ergebnis der Anwendung des Konjunkturbereinigungsverfahrens mitzuteilen. Dies sei durch die Vorlage 17/64 geschehen.

Die Auswirkungen der Konjunktur auf den Landeshaushalt errechneten sich aus der Abweichung der Kassensteuereinnahmen von den Steuereinnahmen in der konjunkturellen Normallage. In Rheinland-Pfalz werde zur Bestimmung dieser strukturellen Steuereinnahmen ein sogenanntes Steuertrennverfahren angewandt. Die strukturellen Steuereinnahmen stellten vereinfacht ausgedrückt die mittleren Steuereinnahmen dar, die dem Land ohne konjunkturelle Einflüsse zur Verfügung stünden. Diesen würden die Kassensteuereinnahmen, also die tatsächlich vereinnahmten oder veranschlagten Steuereinnahmen, gegenübergestellt, die konjunkturell schwankten. Die Kassensteuereinnahmen könnten dem Haushaltsplan im Ansatz bzw. im Ist-Ergebnis entnommen werden. Die Differenz zwischen Kassensteuereinnahmen und strukturellen Steuereinnahmen ergebe dann die Konjunkturkomponente.

Die strukturellen Steuereinnahmen würden in der konjunkturellen Normallage nur im Zusammenhang mit der jeweiligen Haushaltsaufstellung festgesetzt. Die detaillierte Berechnung, wie die strukturellen Steuereinnahmen ermittelt worden seien, sei Bestandteil des Haushaltsplans und könne damit diesem entnommen werden. Es erfolge keine Neuberechnung der strukturellen Steuereinnahmen im Ist-Ergebnis.

Die im Nachtragshaushalt 2015 ermittelte Konjunkturkomponente sei negativ gewesen und habe sich auf ein Minus von 151 Millionen Euro belaufen. Aufgrund der kassenmäßigen Steuermehreinnahmen in Höhe von 186 Millionen Euro gegenüber dem Haushaltsansatz ergebe sich nun im Ist 2015 eine positive Konjunkturkomponente. Für das abgelaufene Haushaltsjahr errechne sie sich aus der Differenz zwischen Kassensteuereinnahmen und strukturellen Steuereinnahmen und belaufe sich auf ein Plus von 34 Millionen Euro.

Im noch laufenden Haushaltsjahr 2016 seien Kassensteuereinnahmen von 12,481 Milliarden Euro veranschlagt und strukturelle Steuereinnahmen von 12,418 Milliarden Euro festgesetzt worden. Die veranschlagte Konjunkturkomponente sei mit einem Plus von 63 Millionen Euro ebenfalls positiv.

Für die Jahre 2017 und 2018 würden die strukturellen Steuereinnahmen im derzeit laufenden Haushaltsaufstellungsverfahren festgesetzt. Verbindliche Aussagen dazu seien erst nach der Steuerschätzung im November 2016 möglich.

Herr Abg. Junge verweist auf die Aussage im PwC-Länderfinanzbenchmarking 2016, Rheinland-Pfalz habe sich finanzpolitisch im Jahr 2015 im Ländervergleich gegenüber den positiven Entwicklungen der Vorjahre erkennbar verschlechtert, und fragt, ob Frau Staatsministerin Ahnen diese Aussage bestätigen könne.

Frau Staatsministerin Ahnen bestätigt diese Darstellung im PwC Länderfinanzbenchmarking 2016. Aufgrund dieser Aussage habe das Finanzministerium bei PwC schriftlich nachgefragt. Sie gehe davon aus, dass das Finanzministerium von PwC in Kürze eine schriftliche Antwort auf seine Nachfrage erhalten werde.

Auf die Bitte von **Herrn Abg. Schreiner** sagt **Frau Staatsministerin Ahnen** zu, die Antwort von PwC dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Auf eine Frage von **Herrn Abg. Dr. Weiland**, ob die Konjunkturkomponente für den Doppelhaushalt 2017/2018 auf der Grundlage der Steuerschätzung vom November 2016 berechnet werde, teilt **Frau**

7. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
– Öffentliche Sitzung –

Staatsministerin Ahnen mit, dass die Grundlage zunächst einmal die Steuerschätzung vom Mai 2016 sei.

Herr Wolf (Abteilungsleiter im Ministerium der Finanzen) ergänzt, sofern Nachbesserungsbedarf bestehe, werde als Grundlage die Steuerschätzung vom November 2016 herangezogen.

Herr Abg. Dr. Weiland fragt, ob aktuell für das Haushaltsaufstellungsverfahren von einer normalen Konjunkturlage ausgegangen werden könne.

Herr Wolf legt dar, nach seiner Kenntnis werde für das Jahr 2017 eine gute Konjunkturlage prognostiziert. Daher werde damit gerechnet, dass die Kassensteuereinnahmen über den strukturellen Steuereinnahmen liegen werden.

Herr Abg. Dr. Weiland merkt an, das würde im Wesentlichen den Daten in der Finanzplanung entsprechen, die der Bundesfinanzminister zum Entwurf des Bundeshaushalts 2017 vorgelegt habe.

Herr Wolf weist darauf hin, die beiden Verfahren seien nicht zu 100 % miteinander vergleichbar.

Herr Abg. Dr. Weiland wollte mit seiner Aussage nur zum Ausdruck bringen, dass bei der zu erwartenden Konjunkturentwicklung durch die Daten der gleiche Trend zum Ausdruck gebracht werde.

Herr Wolf erläutert, die Daten bewegten sich in der Nähe der Normallage, sodass die Zahlen leicht darüber oder darunter liegen könnten.

Auf Bitte von Herrn Abg. Schreiner sagt Frau Staatsministerin Ahnen zu, die Antwort von PwC auf die Nachfrage der Landesregierung nach deren Eingang dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Drucksache 17/64 – Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Einwilligung des Landtags (Haushalts- und Finanzausschuss) zur Aufhebung der Sperre von Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2016 für Zuwendungen nach § 5 des LHG 2016

Herr Vors. Abg. Wansch merkt an, in der zurückliegenden Legislaturperiode sei vom Haushalts- und Finanzausschuss die Bitte geäußert worden, in der Regel bis zum 30. Juni des jeweiligen Haushaltsjahres die Vorlagen zur Aufhebung der Sperre von Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen dem Haushalts- und Finanzausschuss zuzuleiten. Anhand des Datums der Vorlagen sei erkennbar, dass dieser Bitte auch in diesem Haushaltsjahr gefolgt worden sei. Aufgrund der Sommerpause sei aber eine Beratung der Vorlagen durch den Ausschuss erst in der heutigen Sitzung möglich.

a) Zuwendung an das Institut für Rechtspolitik e. V., Trier

Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/19 –

Der Ausschuss erteilt einstimmig seine Einwilligung zur Vorlage 17/19.

b) Zuschuss für die Europäische Rechtsakademie

Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/65 –

Der Ausschuss erteilt einstimmig seine Einwilligung zur Vorlage 17/65.

c) Zuweisung an die Landes-Stiftung Arp Museum Bahnhof Rolandseck

Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/105 –

Der Ausschuss erteilt einstimmig seine Einwilligung zur Vorlage 17/105.

d) Zuweisung an den Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/112 –

Der Ausschuss erteilt einstimmig seine Einwilligung zur Vorlage 17/112.

e) Zuwendung an die Europäische Akademie zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen Bad Neuenahr-Ahrweiler GmbH

Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/127 –

Der Ausschuss erteilt einstimmig seine Einwilligung zur Vorlage 17/127.

f) Zuwendung an das Freilichtmuseum Bad Sobernheim

Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/128 –

Der Ausschuss erteilt einstimmig seine Einwilligung zur Vorlage 17/128.

g) Zuwendung an die Landesbühne Rheinland-Pfalz GmbH

Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/132 –

Der Ausschuss erteilt einstimmig seine Einwilligung zur Vorlage 17/132.

h) Zuwendung an den Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V.

Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/133 –

Der Ausschuss erteilt einstimmig seine Einwilligung zur Vorlage 17/133.

i) Zuwendung an die Unterhaus Mainzer Forum-Theater gGmbH

Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/134 –

Der Ausschuss erteilt einstimmig seine Einwilligung zur Vorlage 17/134.

j) Landesmusikakademie Rheinland-Pfalz e. V.

Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/135 –

Der Ausschuss erteilt einstimmig seine Einwilligung zur Vorlage 17/135.

k) Zuwendung an das Institut für Medien und Pädagogik e. V. (Vormals Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e. V.)

Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/136 –

Der Ausschuss erteilt einstimmig seine Einwilligung zur Vorlage 17/136.

l) Zuwendung an die Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V.

Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/137 –

Der Ausschuss erteilt einstimmig seine Einwilligung zur Vorlage 17/137.

7. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
– Öffentliche Sitzung –

m) Zuwendung an den Landesmusikrat Rheinland-Pfalz e. V.

Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/142 –

Der Ausschuss erteilt einstimmig seine Einwilligung zur Vorlage 17/142.

n) Zuwendung an die Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz

Vorlage
Ministerium der Finanzen
– Vorlage 17/179 –

Der Ausschuss erteilt einstimmig seine Einwilligung zur Vorlage 17/179.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss kommt überein, die Sitzungen der Rechnungsprüfungskommission am

**12. und 13. Juni 2017 in Speyer und am
19. Juni 2017 in Mainz**

durchzuführen.

Herr Vors. Abg. Wansch bestätigt auf eine Nachfrage von **Herrn Abg. Schreiner**, das nach den bisherigen Planungen eine Einbringung des Entwurfs des Doppelhaushalts 2017/2018 im Dezember vorgesehen sei.

Herr Abg. Schreiner äußert die Bitte, bei den Planungen für die Haushaltsberatungen auf die Fastnachtzeit Rücksicht zu nehmen.

Herr Vors. Abg. Wansch schließt mit einem Dank an die Anwesenden für ihre Mitarbeit die Sitzung.

gez.: Röhrig

Protokollführer

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete:

Alt, Dr. Denis	SPD
Haller, Martin	SPD
Köbberling, Dr. Anna	SPD
Schweitzer, Alexander	SPD
Wansch, Thomas	SPD
Klößner, Julia	CDU
Schneider, Gordon	CDU
Schreiner, Gerd	CDU
Weiland, Dr. Adolf	CDU
Junge, Uwe	AfD
Weber, Marco	FDP
Braun, Dr. Bernhard	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für die Landesregierung:

Ahnen, Doris	Ministerin der Finanzen
Barbaro, Prof. Dr. Salvatore	Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Landtagsverwaltung:

Mayer, Dr. Matthias	Min. Rat
Röhrig, Helmut	Reg. Dir. im Sten. Dienst des Landtags (Protokollführer)